

REPUBLIK ÖSTERREICH  
DATENSCHUTZRATA-1014 Wien, Ballhausplatz 1  
Tel. (0 22 2) 66 15/25 25, 25 28  
Fernschreib-Nr. 1370-900

GZ 815.896/1-DSR/89

Verwaltungsstrafgesetz 1989

Stellungnahme des Datenschutzrates

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl  
dieses Schreibens anzuführen.An das  
Präsidium des NationalratesParlament  
1010 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	<del>22</del> -GE/9 89
Datum:	31. MAI 1989
Verteilt	2.6.89 <i>le</i>

*Dr. Czerninger*

In der Anlage werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme des Datenschutzrates zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen, die Verwaltungsverfahrensgesetze, das Verwaltungsgerichtshofsgesetz 1985 und das Verfassungsgerichtshofsgesetz geändert werden, übermittelt.

Beilage29. Mai 1989  
Für den Datenschutzrat  
Der Vorsitzende:  
VESELKSYFür die Richtigkeit  
der Ausfertigung:*Wiesinger*



REPUBLIK ÖSTERREICH  
D A T E N S C H U T Z R A T

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1

Tel. (0 22 2) ~~88 15/25 25 25 28~~ 53 115/0

Fernschreib-Nr. 1370-900

Dr. SINGER Kl. 2768

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl  
dieses Schreibens anzuführen.

GZ 815.896/1-DSR/89

Verwaltungsstrafgesetz 1989

Stellungnahme des Datenschutzrates

An das  
Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst

im    H a u s e

Der Datenschutzrat hat in seiner 63. Sitzung am 24. Mai 1989 zu dem mit do. GZ 601.861/1-V/1/89 vom 10. März 1989 übermittelten Entwurf zu einem Bundesgesetz, mit dem das Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen, die Verwaltungsverfahrensgesetze, das Verwaltungsgerichtshofsgesetz und das Verfassungsgerichtshofsgesetz geändert werden beschlossen, folgende Stellungnahme abzugeben:

Zu § 51 des Verwaltungsstrafgesetzes:

Nach dieser Bestimmung soll in Verwaltungsstrafangelegenheiten in jedem Fall das Recht der Berufung an den unabhängigen Verwaltungssenat bestehen. Damit steht diese Bestimmung in einem unklaren Verhältnis zur Verfassungsbestimmung des § 50 Abs. 5 des Datenschutzgesetzes, wonach über Berufungen gegen Straferkenntnisse des Landeshauptmannes die Datenschutzkommission zu entscheiden hat. Aus der Verfassungsbestimmung des § 36 Abs. 4 DSG ist ableitbar, daß die Datenschutzkommission, die eine Behörde gem. Art. 133 Z 4 B-VG ist, jedenfalls in letzter Instanz zu entscheiden hat. Es wird daher zur Vermeidung von Interpretationsproblemen vorgeschlagen, zumindest in den Erläuterungen zu diesem

- 2 -

Gesetzesentwurf darzulegen, daß die in den Verwaltungsvorschriften vorgesehene Berufung an Behörden, die den von Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention geforderten Tribunalcharakter aufweisen, - auch wenn sie als letzte Instanz entscheiden - von der Bestimmung des § 51 Abs. 1 VStG nicht berührt wird.

29. Mai 1989  
Für den Datenschutzrat  
Der Vorsitzende:  
VESELSKY

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Wesinger*